

Pressemitteilung



Magdeburg, 30. Januar 2018

Expertengruppe legt Bericht vor/SPD-Fraktion:

„Dramatischer Lehrermangel steht bevor, wenn nicht sofort umgesteuert wird“

Die Landesregierung hat in ihrer heutigen Sitzung den Abschlussbericht der Expertengruppe zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs behandelt. Der Landtag hatte die Einrichtung dieser Expertengruppe im September 2016 beschlossen.

„Der Bericht macht deutlich, was wir schon lange wissen: Unseren Schulen steht ein dramatischer Lehrermangel bevor, wenn nicht sofort umgesteuert wird“, erklärte dazu **Angela Kolb-Janssen**, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. „Die Ankündigung des Bildungsministers aus der vergangenen Woche, dass in diesem Jahr 1.000 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden sollen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Herausforderung der nächsten Jahre kann nur bewältigt werden, wenn jetzt in die Attraktivität des Lehrerberufs in Sachsen-Anhalt investiert wird und zugleich intensiv um Seiten- und Quereinsteiger geworben wird. Denn eins ist klar: Junge Leute, die erst jetzt ein Lehramtsstudium beginnen, können zur Lösung der akuten Probleme nicht beitragen.“

Die Landesregierung hatte 2017 bereits auf einen Zwischenbericht des Bildungsministers über die Arbeit der Expertengruppe reagiert und die Aufstockung der Lehramtsstudienplätze an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verlängert, erinnerte **Katja Pähle**, Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion: „Dieser Kurs muss fortgesetzt werden. Auch die Zahl der Referendariatsplätze muss an eine erweiterte Lehramtsausbildung angepasst werden. Vor allem brauchen wir kurzfristig Kapazitäten für die Qualifikation von Quer- und Seiteneinsteigern. Dafür brauchen wir auch die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.“ Pähle unterstrich, dass sowohl für die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern als auch für erweiterte Studienkapazitäten künftig mehr Haushaltsmittel benötigt würden.

Der Bericht wird jetzt dem Landtag zugeleitet und dort im Bildungs- und im Wissenschaftsausschuss diskutiert.